



Eckhard Pols

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 73880

Fax 030 227 – 76881

E-Mail: eckhard.pols@bundestag.de

30. Oktober 2020

Pols MdB: „Außergewöhnlicher Meilenstein für die deutsch-polnische Aussöhnung“

Berlin Die Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben heute den Antrag „Mit einem Ort des Erinnerns und der Begegnung dem Charakter der deutsch-polnischen Geschichte gerecht werden und zur Vertiefung der Beziehungen beitragen“ beschlossen. Es wird ein neuer Erinnerungsort, der keine Konkurrenz zu bestehenden Gedenkeinrichtungen bilden soll.

„Der Beschluss des Deutschen Bundestages, einen Gedenkort für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges in Berlin zu errichten, stellt einen außergewöhnlichen Meilenstein für die deutsch-polnische Aussöhnung dar. Diesem fraktionsübergreifenden Antrag gingen lange und intensive Beratungen voraus, die nicht immer frei von tagespolitischen Belastungen waren. Auch die Diskussion, ob damit ein Paradigmenwechsel in der bundesdeutschen Gedenkkultur vollzogen werde, die bisher auf einzelne Opfergruppen ausgerichtet war, wird uns weiter beschäftigen“, betont der CDU-Bundestagsabgeordnete für Lüchow-Dannenberg und Lüneburg, Eckhard Pols, in seiner Funktion als Sprecher der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Der Antrag ist zum einen geleitet von den besonderen Beziehungen zwischen beiden Ländern, zumal Polen 1939 das erste Opfer des

Pressemitteilung

Pressemitteilung

Zweiten Weltkrieges war. Trotzdem ist immer noch nahezu unbekannt, dass kein Land so lange unter der deutschen Besatzung gelitten hat wie Polen. Das Martyrium der dortigen Bevölkerung mit Millionen Toten betraf fast jede Familie. Daher ist die Frage des Gedenkens und Erinnerns in den deutsch-polnischen Beziehungen ebenso von besonderer Bedeutung.

„Außerdem wird der Antrag vom christlich geprägten Versöhnungsgedanken getragen, der seit jeher kennzeichnend und ausschlaggebend für unsere Fraktion ist. Dies setzt die Bereitschaft bei Tätern und Opfern voraus, aufeinander zuzugehen, sich über die Vergangenheit zu verständigen und Frieden zu schließen“, erläutert Pols.

Hinter dem Antrag steht die Hoffnung, dass sich auch in Warschau zivilgesellschaftliche Initiativen dafür einsetzen, an das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen zu erinnern. Der Antrag würdigt daher die Rolle der deutschen Minderheiten in Polen sowie der Aussiedler und Vertriebenen als wichtige Brückenbauer zwischen beiden Ländern.

„Wir haben dafür Sorge zu tragen, dass der neue Erinnerungsort keine Konkurrenz zu bestehenden Gedenkeinrichtungen – etwa dem zentralen Gedenkvorhaben der Bundesregierung zu Flucht und Vertreibung im Berliner Deutschlandhaus – erzeugt.“, stellt Pols abschließend klar.